



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)

Stand vom 27.06.2025 14:30:29 bis 30.09.2025 15:14:14

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001928
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	27.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	27.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Askanischer Platz 1 10963 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930269310 E-Mail-Adressen: info@vdek.com Webseiten: http://www.vdek.com

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1.180.001 bis 1.190.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

7,55

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Ulrike Elsner**

Funktion: Vorstandsvorsitzende

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (14):**1. Antje Kapinsky****2. Boris von Maydell****3. Stefan Wöhrmann****4. Dr. Ines Koller****5. Dr. Björn Diering****6. Elisabeth Bertram****7. Jan Hortig**

Tätigkeit bis 06/21:

Referent

für eine Fraktion/eine Gruppe im Deutschen Bundestag

8. Babette Müller**9. Björn-Ingemar Janssen****10. Uwe Klemens****11. Malte Behmer****12. Claudia Erfurth****13. Dr. Anja Maria Rittner****14. Ulrike Elsner****Gesamtzahl der Mitglieder:**

6 Mitglieder am 19.06.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (8):

1. Bundesverband Managed Care e.V.

2. Deutsche Gesellschaft für Kassenarztrecht e.V.

3. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG)

4. Gesellschaft für sozialen Fortschritt e.V.

5. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V.

6. Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V.

7. Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen e.V.

8. Deutsche Rheuma-Liga Bundesverband e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) mit Sitz in Berlin ist Interessenvertretung und Dienstleister aller Ersatzkassen. Er vertritt auf Bundes- und Landesebene die Interessen seiner Mitgliedskassen.

Dabei setzt sich der vdek für den Erhalt und die Weiterentwicklung eines solidarischen Kranken- und Pflegeversicherungssystems ein. Oberstes Ziel ist es, den Versicherten auch zukünftig eine umfassende und hochwertige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, ohne den Einzelnen finanziell zu überfordern. Dabei geht es vorrangig um Fragen der Finanzierung des solidarischen Krankenversicherungssystems, die Verbesserung der Gesundheitsversorgung für die Versicherten, die Steigerung von Effizienz im Gesundheitswesen durch Digitalisierung sowie die Reduzierung von Bürokratie im Gesundheitswesen.

Im Rahmen seiner Interessenvertretung formuliert der vdek seine gesundheits- und versorgungspolitischen Vorstellungen in Positionspapieren, erarbeitet und übermittelt Stellungnahmen zu konkreten Regelungsvorhaben und führt Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, um Veränderungsbedarfe in einer Vielzahl gesundheits- und versorgungspolitischer Themenfelder zu erläutern. Darüber hinaus bietet der vdek mit seinen gesundheitspolitischen Veranstaltungen Dialogplattformen zu versorgungspolitisch relevanten Zukunftsfragen an, zu denen auch Regierungsmitglieder, Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG)

Beschreibung:

Die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft unter Bezug auf den Bedarf und die Versorgungsschwere sowie die Ziele zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Krankenhausversorgung und zur Reduzierung von Anreizen zur Mengenausweitung im stationären Sektor werden unterstützt. Die geplante Finanzierung der Krankenhausstrukturreform über einen hälftig aus GKV-Mitteln finanzierten

Transformationsfonds, eine Umverteilung von Beitragsmitteln zur Finanzierung von Tarifsteigerungen im stationären Sektor sowie die Abkehr der Einzelfallprüfungen im Rahmen der Krankenhausrechnungsprüfung werden abgelehnt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KHEntgG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

2. Abbau von Bürokratie im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Der vdek hat Vorschläge erarbeitet, mit denen Verwaltungs- und Bürokratieaufwände im Gesundheitswesen abgebaut werden könnten.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190124 (PDF - 27 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 21.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Freiwillige Versicherung in der GKV nach § 9 SGB V gesetzgeberisch einschränken

Beschreibung:

Gesetzgeberisch soll die Rückkehr von privat Krankenversicherten in die gesetzliche Krankenversicherung verhindert werden, wenn diese sich durch eine Scheinselbstständigkeit im Ausland unter Zuzug von § 9 SGB V freiwillig in der GKV versichern lassen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 1 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190112 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. Missbräuchliche Nutzung der Flexirenten-Regelung verhindern

Beschreibung:

Ziel ist die Anpassung gesetzlicher Regelungen zur Vermeidung einer missbräuchlichen Nutzung der Flexirenten-Regelung zulasten der GKV-Beitragszahler:innen im Bereich Krankengeld.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190114 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. Einführung eines digitalen Antrags- und Gutachterverfahrens in der Psychotherapie

Beschreibung:

Ziel ist die Einführung eines elektronischen Antrags- und Gutachterverfahrens in der Psychotherapie für Patient:innen und Therapeut:innen zur Schaffung eines sicheren, schnelleren und weniger bürokratischen Behandlungsrahmens. Weiterhin sollen Plausibilitätsprüfungen durch die Praxissoftware durchgeführt werden, um fehlerhafte oder unleserliche Anträge zu reduzieren.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190115 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. Förderung der Systemischen Therapie

Beschreibung:

Ziel ist die gesetzgeberische Förderung der Systemischen Therapie als neue Therapieform in der ambulanten Psychotherapie.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406190116 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

7. Ausnahme von Zulassungsbeschränkungen in gesperrten Bereichen der Bedarfsplanung

Beschreibung:

Streichung der Regelung des § 103 Absatz 2 Satz 4 SGB V zugunsten einer funktionierenden und einheitlichen Bedarfsplanung.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409270044 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. Gesetzliche Verstetigung der Online-Wahl bei den Sozialwahlen

Beschreibung:

Ziel ist die schnelle Umsetzung einer dauerhaften Rechtsgrundlage, um bei den Sozialwahlen 2029 die Online-Wahl anbieten zu können. Das Modellprojekt für Online-Sozialwahlen war auf die Durchführung der Sozialwahlen 2023 beschränkt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 4 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu];
Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2412180144 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

2. SG2412180145 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Zweite Verordnung zur Änderung der Digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung

Beschreibung:

Ein verpflichtender Anteil zu AbEM wird abgelehnt, die Regelungen sollten den Vertragspartnern überlassen werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Zweite Verordnung zur Änderung der Digitale Gesundheitsanwendungen-Verordnung

Datum des Referentenentwurfs: 13.12.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

10. Finanzen in der GKV und in der SPV stabil aufstellen**Beschreibung:**

Der vdek setzt sich für eine politische Lösung der finanziellen Herausforderungen der GKV und der SPV ein. Als Maßnahmen werden Strukturreformen im Gesundheitswesen, ein angemessener Finanzausgleich für sozialpolitische und versicherungsfremde Leistungen sowie ein zielgerichteter Einsatz vorhandener finanzieller Mittel vorgeschlagen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):**1. SG2503280022 (PDF - 1 Seite)****Adressatenkreis:**

Versendet am 25.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2503280025 (PDF - 2 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 25.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2503280026 (PDF - 2 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 25.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. Ambulante Versorgung und Notfallversorgung besser steuern**Beschreibung:**

Der vdek setzt sich dafür ein, dass das vorhandene Versorgungsangebot in der ambulanten Versorgung und in der Notfallversorgung stärker gesteuert wird, um die Verfügbarkeit von zeitnahen Arztterminen zu erhöhen und bestehende Ressourcen effizienter einzusetzen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2503280032 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2503280033 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2503280035 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2503280043 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

12. Steigende Ausgaben für Arzneimittel begrenzen

Beschreibung:

Der vdek sieht Handlungsbedarf bei der Begrenzung dynamisch wachsender Arzneimittelausgaben und setzt sich für faire und bezahlbare Preise ein. Dafür soll der Erstattungsbetrag ab Markteintritt gelten. Außerdem sollten die tatsächlichen Entwicklungskosten für Arzneimittel und die Größe des jeweiligen Marktsegments als Variablen in die Preisverhandlungen aufgenommen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arzneimittel [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503280021](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

13. Soziale Pflegeversicherung zukunftsfest gestalten**Beschreibung:**

Der vdek fordert eine umfassende Finanzreform, um die SPV zukunftsfest zu machen. In diesem Zuge setzt sich der Verband dafür ein, dass nicht pflegerische Leistungen wie z.B. die Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige aus Steuermitteln finanziert werden. Außerdem sollen die Pflegeleistungen weiterentwickelt und neu ausgerichtet werden und die Attraktivität der Pflegeberufe erhöht werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 11](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Pflege [\[alle RV hierzu\]](#); Pflegeversicherung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503280020](#) (PDF - 44 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Köln

Betrag: 320.001 bis 330.000 Euro

Zuwendungen aus Bundesmitteln gem. § 44 BHO für die Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung in der kommunalen Lebenswelt (in drei Bundesländern)

2. **Innovationsfonds des Gemeinsamen Bundesausschusses**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 600.001 bis 610.000 Euro

Fördermittel des Innovationsfonds zur Förderung von neuen Versorgungsformen (§ 92a Abs. 1 SGB V) für die Projekte ElektRA - Elektive Förderung Rationaler Antibiotikatherapie sowie für ALIVE - Altersspezifische Impfinanspruchnahme Verbessern

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

73.420.001 bis 73.430.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (6):

1. Techniker Krankenkasse
2. BARMER
3. DAK-Gesundheit
4. Handelskrankenkasse (hkk)
5. Kaufmännische Krankenkasse - KKH
6. HEK - Hanseatische Krankenkasse

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

JR2023_LR.pdf